

5053/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Herbert Haupt, Dipl. - Ing. Maximilian Hofmann
und Kollegen an den
Bundesminister für Inneres
betreffend die neuesten Eskapaden der Staatspolizei

Wie der Landesrat von Niederösterreich, Hans Jörg Schimanek, feststellen mußte, hatten Beamte der Staatspolizei (nicht etwa der Fremdenpolizei) den Befehl erhalten, in den Hotels und Pensionen rund um Klagenfurt die Meldezettel von Teilnehmern am Ulrichsberger Friedens - und Versöhnungstreffen, einer unpolitischen Veranstaltung, bei der stets breite Bevölkerungsgruppen zugegen sind, staatspolizeilich zu erfassen. Ein Krumpendorfer Hotelier bestätigte diese Kontrollen der Stapo gegenüber der Nachrichtenagentur APA als etwas, was "nichts Neues" sei, sondern „je - des Jahr“ passiere (vgl. APA 168 vom 04.10.1998; 13:29 Uhr).

Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, daß Beamte der politischen Polizei während den einzelnen Veranstaltungen am Ulrichsberg präsent sind, um im Sinne des Sicherheitspolizei - gesetzes Störungen und Provokationen und die damit allfällig verbundenen Gefährdungen hintan - zuhalten und mögliche Übeltäter sogleich zu verfolgen und der Strafgerichtspflege überantworten zu können.

Es braucht aber wohl nicht eigens erwähnt zu werden, daß die Methode der generellen Aus - forschung und Bespitzelung von Besuchern legaler Veranstaltungen durch Beamte der Abteilung 1 in einem demokratischen Rechtsstaat nichts verloren hat, vielmehr fatal an die schon vergangen geglaubten Zeiten des Ostblocks erinnern und eine einzige Ungeheuerlichkeit darstellen.

Unerträglich aber wird dieser ganze unfäßbare Skandal freilich dann, wenn es sich - wie in diesem Fall - um eine offiziell genehmigte Veranstaltung handelt, an welcher nicht nur Vertreter aller im Kärntner Landtag vertretenen politischen Parteien teilnehmen, die zur Begrüßung auch das Wort ergreifen, sondern darüber hinaus Vertreter der Landesregierung, an der Spitze der Landes - hauptmann, diesem Treffen eine besondere Auszeichnung zuteil werden lassen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten daher an den Bundesmi - nister für Inneres folgende

Anfrage:

- 1.) Waren Sie von dieser großangelegten und bestimmt auch sehr gut vorbereiteten Aktion überhaupt unterrichtet?
- 2.) Welchen Zweck verfolgte und zu welchem Ergebnis führte diese zweifelhafte Aktion?

- 3.) Seit wann und bei welchen Veranstaltungen genau wurden bisher solche Daten gesammelt und gab es diesbezüglich jemals die Weisung eines Innenministers oder ermittelten die Beamten ohne Weisung in "vorausseilendem Gehorsam" ganz selbständig?
- 4.) Was geschah bisher mit den ermittelten Daten?
- 5.) Konnten die Daten bisher jemals zweckdienlich verwendet werden? -
Wenn ja, bei welchem Anlaß konnten sie verwendet werden und zu welchem Ergebnis führte der Dateneinsatz bzw. können Sie ausschließen, daß auf jene Daten im Zuge der Briefbombenermittlung zurückgegriffen wurde oder daß sie dem sog. "Dokumentations - archiv des österr. Widerstandes" übermittelt wurden?
- 6.) Werden Sie diesen groben Unfug der Ihnen unterstellten Behörde ehebaldigst abstellen? -
Wenn ja, wann? -
Wenn nein, warum nicht und werden Sie künftig dieselben Methoden auch auf Parteitage der SPÖ, der ÖVP, der Liberalen und der "Grünen", die zweifellos einen politischen Charakter haben, und auf andere politischen Veranstaltungen linker Parteien und Gruppierungen anwenden lassen?
- 7.) Können die betroffenen Festgäste Einblick in die über sie angelegten Daten nehmen? -
Wenn ja, wann wo genau können diese Unterlagen eingesehen werden? -
Wenn nein, warum nicht?
- 8.) Halten Sie es mit dem Wesen eines freiheitlichen Rechtsstaates für vereinbar, Besucher einer legalen Veranstaltung, bei der die halbe Landesregierung anwesend ist, namentlich zu ermitteln und deren persönlichen Daten in Polizeiakten zu speichern?
- 9.) Haben Sie die generelle Überwachung bzw. Ausforschung der Teilnehmer mit dem Landeshauptmann von Kärnten abgesprochen? -
Wenn ja, haben Sie von diesem tatsächlich die Zustimmung erhalten, diese großangelegte Bespitzelungsaktion an Fremdenverkehrsgästen durchführen zu dürfen?
- 10.) Auf welcher Rechtsgrundlage beruht die generelle Bespitzelung der Teilnehmer an dem Ulrichsberg - Treffen?
- 11.) Welche Gefahr für die Republik Österreich, ihre Rechtsordnung und Organe geht von den Teilnehmern dieses Friedens - und Versöhnungstreffens aus?
- 12.) Finden diese Bespitzelungsaktionen harmloser Bürger und Festgäste weniger aus sicherheitspolitischen Beweggründen, sondern vielmehr aus linksideologischen und parteipolitischen Motiven statt?
Wenn ja" welche Beamte in Ihrem Hause sind für diese Methoden verantwortlich und welche dienstrechtliche Maßnahmen werden Sie gegen diesen ungeheuren Rechtsmißbrauch setzen?

- 13.) Glauben Sie, daß sich die Sammelwut der Ihnen unterstellten Behörde dem Fremdenverkehr in Kärnten besonders förderlich erweist?

Wenn ja, haben Sie diese Einsätze mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, Dr. Hannes Farnleitner, und dem Bundesminister für Finanzen, Rudolf Edlinger, gründlich abgesprochen?

APA 168 5 II 0164

Siehe APA156/04.10 04.Okt 98

Zeitgeschichte/EU/Kärnten/Niederösterreich

Ulrichsberg - Feier: FP - Schimanek verurteilt Staatspolizei

Utl.: Abschrift von Hotel - Meldescheinen sei Ungeheuerlichkeit =

Klagenfurt (APA) - Als eine "Ungeheuerlichkeit" wertete am Samstag

der niederösterreichische FP - Landesrat Hans Jörg Schimanek den

Umstand, daß die Staatspolizei in den Hotels rund um Klagenfurt die

Meldezettel von Teilnehmern am Ulrichsberg - Treffen abschreiben würde.

"Das erinnert mich an vergangene Zeiten des Ostblocks und ist ein

Skandal", betonte er gegenüber der APA. *****

Ein Krumpendorfer Hotel, das von Schimanek in diesem Zusammenhang genannt wurde, bestätigte die Kontrollen durch die Stapo. "Das ist ja nichts Neues, das passiert jedes Jahr", wurde der APA auf Anfrage mitgeteilt. In Krumpendorf findet am Rande der traditionellen Ulrichsberg - Feier alljährlich ein Treffen von ehemaligen Angehörigen der Waffen - SS statt.

Schimanek zeigte sich auch überzeugt davon, daß die Kontrollen der Staatspolizei ohne Wissen von Innenminister Karl Schlögl erfolgen würden. Er forderte den Minister gleichzeitig auf, die betreffenden Beamten, die mit Sicherheit der "68er - Generation" zuzuordnen seien, "zur Ordnung zu rufen". Der niederösterreichische FP - Politiker nahm heuer selbst an der Ulrichsberg - Feier teil.

(Forts.mögl.) awi/dru/sm

APA 168 1998 - 10 - 04/13:29

041329 Okt 98